

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Band: - (2005)

Heft: 2: 30 Jahre Kaiseraugst-Besetzung : die Revolte, der keine (Energie-)Revolution folgte

Artikel: VSE und AXPO wollen Ökostrom ausbremsen

Autor: Braunwalder, Armin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586516>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

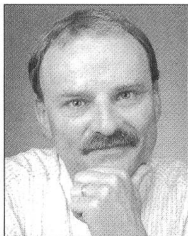
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VSE und Axpo wollen Ökostrom ausbremsen

In vielen europäischen Ländern boomt die Produktion von Ökostrom. In der Schweiz treten VSE und Axpo auf die Bremsen.



Von Armin Braunwalder,
Energie-Kommunikation, Erstfeld
braunwalder@energie-kommunikation.ch

Im Zusammenhang mit der Strommarktöffnung ab 2007 geht es auch um die Frage, mit welchem Instrument Ökostrom aus Biomasse, Sonne, Wind, Geothermie oder Wasserkraft gefördert werden soll. Umweltorganisationen, Stiftung für Konsumentenschutz und Bauernverband fordern zusammen mit SP, Grünen und einzelnen Vertretern von FDP, SVP und CVP die kostendeckende Einspeisevergütung für Ökostrom. Das Prinzip ist einfach: Bauer Müller erzeugt in seiner Bio-

Sinnvoller Kompromiss

Die zuständige Nationalratskommission (UREK) hat sich Mitte Mai für ein Mischmodell entschieden. Die zwei wesentlichen Punkte: 1. Ausschreibeverfahren für Investitionen in Wasserkraftwerke. 2. Mindestvergütungen für Strom aus Biomasse, Geothermie, Wind- und Solarenergie mit Beschränkung auf maximal 0,3 Rp./kWh und 50% pro Technologie.

gasanlage Strom, den er ins lokale Stromnetz einspeist. Dafür erhält er während zwanzig Jahren einen Abnahmepreis, der die Produktionskosten deckt. Finanziert wird die Vergütung mit einem Zuschlag auf dem Stromtransport im Hochspannungsnetz. So werden die Mehrkosten verbrauchsabhängig auf alle Stromverbraucher verteilt. Eine Studie des WWF Schweiz schätzt die Kosten für das Einspeisemodell auf rund 100 Millionen Franken pro Jahr oder 13 Franken pro Kopf. Der Vorteil des Systems liegt darin, dass alle Produzenten von Ökostrom ihre Investitionen auf gesicherter Grundlage planen können und nicht mehr vom

Goodwill des lokalen Stromversorgers abhängig sind. Die Umweltorganisationen haben eine klare Botschaft: Kommt die Einspeisevergütung nicht, ergreifen sie das Referendum gegen das Stromversorgungsgesetz.

Der Verband schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) stemmt sich gegen das Einspeisemodell. Förderung von Ökostrom ja – aber nicht so, lautet das Credo der VSE-Chefetage. Der VSE lobbyiert im Gleichschritt mit der Axpo für das so genannte Ausschreibeverfahren. Viele Elektrizitätswerke stehen jedoch nicht hinter der VSE/Axpo-Marschrichtung. Sie sind offen für die kostendeckende Einspeisevergütung. Bei wichtigen CVP-Energiepolitikern in der zuständigen Kommission des Nationalrates hat das Lobbying von VSE und Axpo hingegen Wirkung gezeigt. Sie marschieren mit. Dabei scheinen sie ihr eigenes Energiepapier vergessen zu haben. Darin heisst es: «Alternative Energien sind ihrer Wirtschaftlichkeit entsprechend zu fördern, indem ihre Einspeisung ins Stromnetz zu kostendeckenden Preisen erfolgt.»¹

Ökostromförderung à la Axpo/VSE: Den Erneuerbaren den Wind aus den Segeln nehmen (Windkraftwerk Gütsch/Andermatt)



Zeigen, dass es ohne AKW nicht geht

Beim VSE-Ausschreibemodell würden periodisch für einen definierten Geldbetrag Investitionszuschüsse in Form einer Zahlung pro produzierte Kilowattstunde aus neuen oder erweiterten Produktionsanlagen ausgeschrieben. Für Bauer Müller be-

Teurer Atomstrom

Für viele der in den letzten Jahrzehnten gebauten grossen Atom- oder Wasserkraftwerke gab es faktisch eine kostendeckende Einspeisevergütung. Das bestätigt VSE-Vertreter Kurt Wiederkehr. Die hohen Kosten der Neuanlagen wurden in einer Mischrechnung zusammen mit günstigem Strom aus alten Wasserkraftwerken verrechnet. Das hat die Konsumenten jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken gekostet, aber den kontinuierlichen Ausbau der Kraftwerkkapazitäten ermöglicht. Genau das ist es, was mit der kostendeckenden Einspeisevergütung für Ökostrom ebenfalls erreicht würde. Dabei geht es um Zehntelsrappen pro Kilowattstunde (kWh). Interessant ist ein Blick auf die heutige Strompreislandkarte (www.preisueberwachung.ch), wo sich riesige Preisunterschiede zwischen Gebieten ohne und mit Atomstrom zeigen. So liegen im Kanton Basel-Stadt die Strompreise pro Kilowattstunde (kWh) um rund 5 Rappen tiefer als im schweizerischen Durchschnitt, weil sich Basel nicht an Atomkraftwerken beteiligt hat. Der Strompreis für einen Haushalt mit Elektroherd und Elektroboiler (4500 kWh) liegt hier bei 10,9 Rp/kWh. In Luzern, das von den CKW mit ihren grossen Beteiligungen an den AKW Leibstadt und Gösigen versorgt wird, kostet die Kilowattstunde 16,24 Rappen. Bei 17,51 Rappen liegt der Preis für eine Kilowattstunde in Baden. Hier haben Axpo und NOK ihren Sitz. Sie betreiben die AKW Beznau 1+2 und halten grosse Beteiligungen an den AKW Leibstadt und Gösigen. Noch teurer ist der Strom in den Standortgemeinden der Atomkraftwerke: In Leibstadt zahlt man 18,28 Rappen, in Mühleberg 18,32 Rappen und in Däniken, wo das AKW Gösigen steht, kostet die Kilowattstunde sogar 20,45 Rappen.

deutet das: Er muss eine Offerte für seinen Biogasstrom einreichen. Er stünde im Wettbewerb mit anderen Anbietern und Technologien. Ausgewählt werden grundsätzlich die günstigsten Angebote, allerdings soll für die «Neuen Erneuerbaren» ein Mindestanteil an den Fördergeldern reserviert werden. Finanzieren will der VSE dieses Modell über eine Abgabe von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde, die von allen Strombezügern bezahlt werden müsste. Damit wird ein «Fördertopf» mit rund 100 Millionen Franken pro Jahr gespiesen, der gemäss VSE von einer «unabhängigen Agentur» verwaltet werden soll.

«Wir wollen mit unserem Modell die Beweisführung über die zu vernünftigen Kosten existierenden Potenziale im Hinblick auf die künftige Bedarfsdeckung antreten», erklärt Kurt Wiederkehr vom VSE. Das Ergebnis ist von vornherein klar: Ohne Atomstrom geht es nicht. Hier liegt der Kern der Auseinandersetzung um die Ökostromförderung: Während die Umweltorganisationen die AKW mit stromsparender Technologie und erneuerbaren Energien ersetzen wollen, drängt die Strombranche auf ein neues, leistungsstärkeres Atomkraftwerk.

Der VSE setzt aufs falsche Pferd

«Wer jetzt nicht über den Zaun hinausschaut, gefährdet die Chancen der Stromerzeugung aus einheimischen erneuerbaren Energieträgern», warnt der VSE in

seinen Lobbyunterlagen. Ein Blick über den Zaun nach Deutschland zeigt, wie Recht er damit hat: Deutschland hat im Jahr 2000 die kostendeckende Einspeisevergütung eingeführt. Innert vier Jahren hat sich die Produktion von Ökostrom aus Wasser, Wind, Biomasse und Sonne um 17,7 Milliarden kWh erhöht und damit praktisch verdoppelt. Das entspricht der Stromproduktion der AKW Mühleberg, Beznau 1+2 und Leibstadt. Die Kosten pro Kopf liegen bei knapp 10 Franken im Jahr. Deutschland ist mit dieser Erfolgsgeschichte nicht allein. Auch in Holland, Spanien, Österreich, Luxemburg, Griechenland, Portugal und Frankreich sorgt die kostendeckende Einspeisevergütung für einen Boom in der Ökostromproduktion. Das beeindruckt den VSE nicht. Er hält am Ausschreibemodell fest. Auch jetzt noch, nachdem sich Irland, das als einziges europäisches Land dieses Modell praktizierte, davon verabschiedet. Die Ergebnisse waren niederschmetternd. Anfangs April zog Energieminister Noel Dempsey die Konsequenzen. Er kündigte an, das bisherige System von staatlich organisierten Ausschreibungen werde durch ein so genanntes Festpreissystem ersetzt.

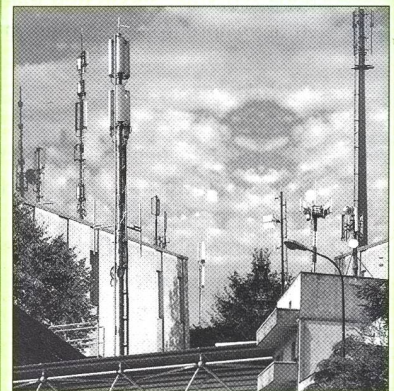
Ökostrom auf einen Klick

Die besten Ökostromangebote und die stromsparendsten Geräte finden Sie unter www.topten.ch

SES INTERN

Elektrosmog und Mobilfunk

Im Rahmen der Jahresplanung 2005 wird bekannt, dass die bisherige Fremdfinanzierung der Arbeit im Bereich Elektrosmog und Mobilfunk nicht mehr verlängert wird. Der Stiftungsrat beschliesst nach eingehender Diskussion, auf diesen Arbeitsbereich zu verzichten. Die Tätigkeit (20%-Stelle) von Inge Tschernitschegg wird deshalb per Ende Juni 2005 aufgehoben. Mit diesem Entscheid bündelt die SES ihre Kräfte auf ihre Kernthemen Erdöl, Atom, Erneuerbare Energien und Energie-Effizienz. Wir danken Inge herzlich für den ausserordentlichen Einsatz, und vermissen sie schon jetzt. Der Abstand der SES zum Thema Elektrosmog heisst nicht, dass sich die Probleme in diesem Bereich in Luft auflösen. Es besteht weiterhin Handlungsbedarf. Solange die Gesundheitsrisiken unklar sind, müssen die Forschung intensiviert und die Strahlungs-Grenzwerte im Sinne des Vorsorgeprinzips verschärft werden. Politik und Wissenschaft sind gefordert. Erfreulich ist die kürzliche Lancierung des Nationalen Forschungsprogramms «Nichtionisierende Strahlung; Umwelt und Gesundheit».



Weitere Infos

- Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz AefU: Tel. 061 322 49 49, www.aefu.ch, info@aefu.ch
- Bundesamt für Gesundheit BAG: Tel. 031 322 95 22, www.str-rad.ch, emf@bag.admin.ch
- Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL: Tel. 031 322 93 12, www.umwelt-schweiz.ch/elektrosmog, nis@buwal.admin.ch
- Bundesamt für Kommunikation BAKOM: Tel. 032 327 55 11, www.bakom.ch
- Ombudsstelle Mobilkommunikation und Umwelt: Tel. 031 380 85 94, www.omk.ch, info@omk.ch

1 «Mehr Markt, mehr Versorgungssicherheit, mehr Klimaschutz» Energiepapier der CVP Schweiz, September 2004.